



## Analyse der Wahlprogramme zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern des Landesflüchtlingsrats

### Aufschlüsselung der Positionen im Wahlprogramm der „Bündnis 90/Die Grünen“ (B90/Grüne) in den Bereichen Asyl, Migration und Integration

In den nachfolgenden Spalten können Sie sehen, wie sich Bündnis 90/Die Grünen zu dieser Grundaussage positioniert.

- ☺ = Zustimmung zur Aussage im Wahlprogramm
- ☹ = Ablehnung zur Aussage im Wahlprogramm
- 😊 = vage Antwort zur Aussage im Wahlprogramm
- ? = keine Äußerung zu dem Thema im Wahlprogramm

B90/Grüne	
geflüchteten Zugang zu Universitäten ermöglichen	☺ S. 27: Geflüchtete müssen so schnell wie möglich eine Kita, eine Schule oder – bei entsprechender Qualifikation – eine Hochschule besuchen können S. 42: wir wollen die Ausbildungsförderung nach dem BAföG auch jungen Menschen im Asylverfahren zugänglich machen
Geflüchteten Kindern Zugang zu Kitas und Schulen ermöglichen	☺ S. 27: Geflüchtete müssen so schnell wie möglich eine Kita oder eine Schule besuchen können; zurzeit werden geflüchtete Jugendliche jedoch oft nicht beschult, wenn sie bestimmte Altersgrenzen überschreiten; dieses Prinzip wollen wir abschaffen, denn das Recht auf Bildung darf in diesen Fällen nicht von starren Altersgrenzen abhängen S. 36: Erzieherinnen und Erzieher, sowie Tagesmütter und Tagesväter müssen kontinuierlich weitergebildet werden etwa zum Umgang mit traumatisierten Flüchtlingskindern und ihren Eltern
Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse	☺ S. 28: wir wollen die Anerkennung von Abschlüssen bei ausländischen Studierenden erleichtern S. 42: ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkennen und Nachqualifizierungen ermöglichen
Geflüchteten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen	☺ S. 42: Geflüchtete haben es trotz guter Ausbildung und Berufserfahrung schwer auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen; wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Vorrangprüfung beim Zugang zum Arbeitsmarkt abgeschafft wird S. 53: wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Land ist, in dem

	alle gleichberechtigt am Arbeitsleben teilhaben können
Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger*innen	☺ S. 33: in M-V leben über 30.000 Menschen dauerhaft, die keine Möglichkeit haben zu wählen, weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzen; deshalb wollen wir das Wahlrecht für Kommunalwahlen auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -bürger öffnen, analog zu dem bereits bestehenden Kommunalwahlrecht für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger
Asyl als Grund-/Menschenrecht	☺ S. 41: das Recht auf Schutz und Asyl ist ein Menschenrecht; jeder Mensch – egal welcher Herkunft oder Religion – hat ein Anrecht darauf, dass sein oder ihr Recht auf Asyl unvoreingenommen geprüft wird und er oder sie eine Lebensperspektive in Deutschland erhält
Migration als Chance/Bereicherung für MV	☺ S. 41: wir sehen jeden Menschen, der in unser Land kommt, als Chance und Bereicherung
Keine „Obergrenze“ der Aufnahme Geflüchteter einführen	☺ S. 41: wir setzen uns dafür ein, dass Menschen nach Deutschland, nach MV kommen und hier bleiben können; wir sind gegen Obergrenzen und für ein solidarisches Miteinander
menschenwürdige Unterbringung/Versorgung Geflüchteter gewährleisten	☺ S. 41: es ist notwendig, dass Flüchtlinge eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung erhalten
Unterbringung alleinreisender Frauen und LGBTIQ*-Geflüchteter berücksichtigen	☺ S. 42: alleinreisende Frauen, homo-, bi-, trans- und intersexuelle Flüchtlinge haben in den rund 20 Gemeinschaftsunterkünften meist keine Möglichkeit sich zurückzuziehen; wir müssen sichere Rückzugsmöglichkeiten, wie separate Unterkünfte und Beratungsangebote für alleinreisende Frauen, homo-, bi-, trans- und intersexuelle Flüchtlinge und Minderheiten schaffen S. 46: wir wollen geflüchteten und traumatisierten Frauen einen sicheren Rückzugsort in den Gemeinschaftsunterkünften bieten
unbegleitete minderjährige Geflüchtete (UMFs) unterstützen	☺ S. 42: Kinder, die ihre Familien auf der Flucht verloren haben oder mit Geschwistern, weiteren Verwandten, manchmal auch ganz allein reisen, sind eine Herausforderung für unsere Ämter; wir müssen bei der Unterbringung und Verteilung von Flüchtlingen familiäre Zusammenhänge über die Kernfamilie hinaus berücksichtigen
dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in GU's	?
Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen/ „Willkommenskultur“	☺ S. 41: es ist notwendig, dass Flüchtlinge die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe erhalten.; unsere Zivilgesellschaft muss in ihrem Einsatz für eine neue Willkommenskultur und gegen Fremdenfeindlichkeit aktiv von der Politik unterstützt werden S. 42: wir wollen „Welcome-Center“ in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt schaffen um Teilhabe-, Beratungs- und Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu organisieren

zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe unterstützen	☺ S. 41: wir begrüßen das vielfältige und bunte Engagement der Zivilgesellschaft und ihrer Institutionen für die Unterstützung und Begleitung der Geflüchteten; wir erkennen die Arbeit von Behörden, Verbänden, Vereinen, Kirchen und Initiativen an und stellen fest, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, diese Arbeit zu vernetzen, um Austausch und Qualifizierung zu ermöglichen
Eintreten gegen Rassismus	☺ S. 43: wir dulden Fremdenhass genauso wenig wie Sexismus, Homo- und Transphobie; wir wollen eine offene und vielfältige Gesellschaft stärken
Kampf gegen Rechtsradikalismus	☺ S. 43: es haben sich auch viele Bürgerinnen und Bürger zusammengefunden, die sich mit den Opfern der rechten Hetze solidarisieren, durch aktive Aufklärung, Unterstützung, Gegendemonstrationen und Organisation von Begegnungen; diesen gehört unsere Sympathie und Unterstützung
Selbstorganisationen Geflüchteter und Migrant*innen unterstützen	☺ S. 41: wir wollen die Migrantenselbstorganisationen weiter unterstützen, sowie Bewohnerräte in den Unterkünften und Integrationsbeiräte unter Berücksichtigung bereits heute bestehender Strukturen weiter ausbauen und fördern
Krankenkassenkarte für Geflüchtete und Geduldete schaffen	☺ S. 42: der Zugang zu medizinischer Versorgung ist für Asylsuchende und Geduldete stark eingeschränkt; wir müssen endlich die Krankenkassenkarte für alle Asylsuchenden und Geduldeten einführen
Dolmetscher*innen-Pools ausbauen	☺ S. 42: wir müssen die Sprach- und Dolmetscherpools ausweiten und dauerhaft absichern
Sprachkurse ab dem 1. Tag ermöglichen	☺ S. 42: wir wollen Sprachkursprogramme von Bund und Land ausweiten, sodass Flüchtlingen Zugang zu einem Sprachkurs ab dem ersten Tag ermöglicht wird
Beratung für Betroffene rechter Gewalt unterstützen	☺ S. 43: es braucht die Unterstützung und den flächendeckenden Ausbau von unabhängigen Beratungsangeboten für Opfer rechter Gewalt
Beratungsmöglichkeiten für Geflüchtete unterstützen	☺ S. 41: wir wollen ein Beauftragten-Stelle schaffen; diese soll personell gut genug ausgerüstet sein, um die Belange der Zugewanderten in die politische Diskussion einzubringen, gegenüber Politik und Behörden wirkungsvoll zu vertreten und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten S. 42: wir müssen Beratungsangebote für alleinreisende Frauen, homo-, bi-, trans- und intersexuelle Flüchtlinge und Minderheiten schaffen; „Welcome-Center“ in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt schaffen um Teilhabe-, Beratungs- und Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu organisieren
Abschiebungen vermeiden	☺ S. 42: wir wollen Abschiebungen vermeiden und bei nicht abwendbaren

	Abschiebungen unnötige Härten wie Nachtabschiebungen und Familientrennung verbieten, sowie Rückkehrberatung einrichten
gegen das Konzept der „Sicheren Herkunftsstaaten“	☺ S. 42: wir wollen uns dafür einsetzen, dass das Konzept der Sicheren Herkunftsstaaten abgeschafft wird; Asyl ist eine Frage des Einzelschicksals, nicht der Herkunft
AsylbLG abschaffen / Eingliederung in reguläres Sozialsystem	☺ S. 42: wir wollen uns dafür einsetzen, dass das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft wird, damit in Deutschland gleiche Rechte für alle gelten
Residenzpflicht/ Wohnitzaufgabe abschaffen	?